

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2011)

Heft: 2: Japajn und nun?

Artikel: Der Atomausstieg im Fokus : Lernfähigkeit oder nur Wahlaktik?

Autor: Beek, Eva van

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586405>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Atomausstieg im Fokus: Lernfähigkeit oder nur Wahltaaktik?

Das Erdbeben, der Tsunami und dann das nukleare Desaster: Gleich drei Katastrophen und deren Folgen musste und muss die japanische Bevölkerung durchleben. Die Auswirkungen der Unglücksreihe sind weltweit zu spüren und bringen vor allem politisch einiges in Bewegung, auch hierzulande. Aber ist die plötzliche Strategieänderung der Parteien und AKW-Betreiber von Dauer?



Von EVA VAN BEEK
Journalistin BR, eva.vanbeek@energiestiftung.ch

Noch am 13. Februar 2011 sah alles ganz anders aus. Da stellte sich das Berner Stimmvolk knapp hinter den Bau eines neuen AKW. Einen Monat später aber kam das böse Erwachen: Fukushima. Am 20. März, 9 Tage nach dem Beginn der Unglücksfälle in Japan, publizierte die «SonntagsZeitung» eine repräsentative Umfrage, wonach 77% der Schweizer Bevölkerung kein neues AKW mehr wünschten und nur noch 20,7% dafür waren. Die Energieministerin Doris Leuthard sistierte am 14. März 2011 das Rahmenbewilligungsverfahren für neue AKW. Damit wurde auch das für 2013 anstehende Referendum auf ein unbestimmtes Datum verschoben. Nun liegt es nicht mehr an der Bevölke-

rung, über den Ausstieg zu entscheiden, sondern an den ParlamentarierInnen.

Doch seit Fukushima bläst den AKW-BefürworterInnen und der Atomwirtschaft ein kalter Wind ins Gesicht. Und siehe da: Plötzlich ändert sich der politische Diskurs, und das selbst im «harten Kern» der Atomlobby. Klar ist: Derzeit hätte es ein neues AKW in Abstimmungen schwer.

«Zuerst denken, dann sprechen»

Je nach Partei oder Person fällt die Kursänderung leicht oder radikal aus. Während einige Parteien gemäss dem Motto von Doris Leuthard «zuerst denken, dann sprechen» immer noch nachdenken und sich kaum oder nur ratselhaft äussern, können Links und Grün davon profitieren, dass sie schon seit Jahren über den Ausstieg nachdenken und reden. Nun wetteifern sie um den schnellen Atomausstieg. Noch im März haben die Grünen eine Initiative lanciert, wonach Mühleberg und Beznau spätestens ein Jahr nach Annahme der Initiative vom Netz gehen sollen, Gösgen und Leibstadt spätestens nach 40 Betriebsjahren. Die SP formuliert in einem Gesetzesvorschlag ähnliche Ziele: Bis 2015 müssen Mühleberg und Beznau ihren Betrieb einstellen, Gösgen bis 2020 und Leibstadt bis 2025. Die Grünen-Liberalen wollen zwar die bisherigen AKW weiterlaufen lassen, so lange deren Sicherheit garantiert ist, aber keine zusätzlichen AKW mehr bauen.

Politische Kernschmelze

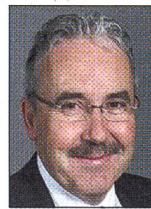
In der Mitte findet zweifellos eine politische Kernschmelze statt. Die bürgerlichen Parteien scheinen mit dem Atomausstieg zu hadern, die FDP allen voran. Die Partei hält zwar an ihrem atomfreundlichen Kurs fest, macht aber gleichzeitig klar, dass es neue Garantien braucht. So schrieb etwa der FDP-Ständerat Rolf Schweiger im NZZ-Blog vom 17. März: «Von Emotionen bewegt zu entscheiden, ist dann unausweichlich, wenn Entscheide zeitlich dringend und zwingend sind. Mit anderen Entscheiden aber ist zu warten. Dies gilt auch für die Zukunft der Kernkraft. Dabei gilt es, die richtigen Fragen zu stellen und sie unter Einbezug dessen, was in Japan geschehen ist, zu beantworten.» Die gleiche Haltung zeigte auch FDP-Natio-



Foto: dreamstime.com



Pirmin Bischof (CVP)



Hans Grunder (BDP)



Filippo Leutenegger (FDP)



Christian Wasserfallen (FDP)



Rolf Schweiger (FDP)



Kurt Rohrbach



Heinz Karrer

Wirkliche Kehrtwende oder Wahltaktik? Einige PolitikerInnen und VertreterInnen der Atomlobby spielen auf Zeit – und bleiben im Grunde doch auf ihrem bisherigen Kurs. Klar ist jedoch, dass neue AKW in nächster Zeit bei einer Volksabstimmung keine Chance haben.

nalrat Filippo Leutenegger in der Politsendung «Arena»: «Intelligente Lösungen brauchen Zeit. Jetzt keine Schnellschüssel!» Etwas weniger diplomatisch zeigt sich sein Parteikollege, Nationalrat Christian Wasserfallen. Er beharrt in einem Blog der Eidg. Technischen Hochschule (ETH) vom 19. April auf der Versorgungssicherheit. «Wir laufen momentan aufgrund mangelnder Akzeptanz Gefahr, dass die Versorgungssicherheit mittelfristig nur noch auf weniger als 4 Säulen verteilt sein könnte, was unter allen Umständen im Interesse einer zuverlässigen Versorgung zu verhindern ist.» Im Klartext: Es braucht weiterhin AKW, auch neue. Die bis anhin atomfreundliche CVP-Fraktion hat nach Fukushima den Kurs ebenfalls korrigiert. Mitte April reichte CVP-Nationalrat Roberto Schmid eine Motion ein, die will, dass der Bundesrat keine Rahmenbewilligungen für neue AKW mehr erteilen darf. 18 der 30 CVP-Mitglieder innerhalb der Nationalratsfraktion haben der Motion zugestimmt. Unter ihnen auch CVP-Präsident Christophe Darbellay und Pirmin Bischof, Verwaltungsrat des AKW Gösgen. Darbellay beteuerte, dass die Motion keineswegs einen Richtungswechsel darstelle, da die CVP sich schon immer für den Ausstieg ausgesprochen habe, wenn genügend Alternativen vorhanden seien (SF Online, 15. April 2011).

Augenfällige Kehrtwende

Die Kehrtwende ist am augenfälligsten bei der BDP. BDP-Präsident Hans Grunder will seit Fukushima den Ausstieg «ohne Wenn und Aber». Am 14. April reichte er eine Motion ein, wonach das Kernenergiegesetz so abgeändert werden soll, dass ab 1. Januar 2012 keine Rahmenbewilligungen mehr erteilt werden dürfen. Unterstützung erhielt Grunder auch aus linken Kreisen: SP-Nationalrat und Energieexperte Eric Nussbäumer hat die Motion unterschrieben. Die SVP tut sich da schwerer. Präsident Toni Brunner schimpfte im «Der Bund» vom 26. März, es sei «pietätlos», mit der Katastrophe in Japan Wahlkampf zu betreiben. Doch Anfang April klinkte sich die äusserst atomfreundliche SVP dann doch in die Anti-AKW-Debatte ein und blieb sich selber treu, indem sie den Ausstieg mit der Ausländerthematik verknüpfte. Toni Brunner sagte in der Zeitung «Der Sonntag»: «Wir müssen Alternativen zur Kernenergie diskutieren», und betonte gleichzeitig: «Geht die Einwanderung so ungebremst weiter wie bisher, kommen wir nicht um den Bau neuer Kernkraftwerke herum.»

Spiel auf Zeit

Die Stromwirtschaft gibt sich im Moment nicht mehr so kämpferisch wie auch schon: Axpo-CEO Heinz Karrer meinte zu «SonntagsBlick»: «Ich glaube, dass der Schock so gross ist, dass niemand in nächster Zeit daran denkt, die Planung für Ersatzkernkraftwerke wieder aufzunehmen.» Kurt Rohrbach, Direktor des AKW Mühleberg, zeigte sich am 18. März in der «Arena» besorgt: «Ich schlaf zugegebenermassen nicht sehr ruhig. (...) Die Frage, die wir uns stellen, ist: Muss man sofort Entscheide treffen? Bislang ist das AKW Mühleberg noch am Netz und ich stehe zu diesem Entscheid.» 10 Tage später sagte er in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag»: «Die Rolle der Kernkraft muss neu beurteilt werden.» Und am 19. April verkündete der Verwaltungsrat der BKW gar, dass er der Geschäftsleitung den Auftrag erteilt habe, den «geordneten Ausstieg aus der Atomkraft» zu planen. Wer sich nicht wirklich äussert, ist Alpiq-Chef Giovanni Leonardi. Er spielt auf Zeit. Er weiss, dass es mit einem Pro-AKW-Kurs derzeit keine Punkte zu gewinnen gibt. In einem Interview mit der Zeitung «Der Sonntag» meinte er nur: «In der Schweiz wird der politische Prozess für neue Kernkraftwerke nun sicher länger dauern.»

Atomausstieg nicht nur prüfen

Die Frage bleibt, ob die verkündeten Kehrtwendungen und Kurskorrekturen tatsächlich von Dauer sind oder ob es sich um abgefeimte Strategien handelt, um die derzeit verängstigte Bevölkerung nicht vor den Kopf zu stossen. Es hat sich nämlich bereits erwiesen, dass eine Bekräftigung des bisherigen Anti-AKW-Kurses oder eine entschlossene Kurskorrektur sich bei den Wahlen auswirken. In den nach Fukushima erfolgten Kantonswahlen in Zürich, Luzern und im Tessin mussten die Mitteparteien, die am wenigsten klar Stellung bezogen hatten, zum Teil herbe Verluste hinnehmen. Wie lange der Fukushima-Effekt anhält, ist jedoch schwierig abzuschätzen. Was ist, wenn die Wahlen im Herbst vorüber sind und Fukushima aus dem akuten Bewusstsein verdrängt worden ist? Werden diejenigen, die ihre Richtung geändert haben, ihren ursprünglichen atomfreundlichen Kurs wieder einnehmen? Am 11. April 2011 sagte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey bei ihrem Besuch in Österreich: «Die Schweiz prüft einen Atomausstieg.»

Wir können nur hoffen, dass es nicht beim Prüfen bleibt. Der nächste Gau kommt bestimmt. <